

## Pressemitteilung

# KAB: Keine Einladung für die AfD-Partei oder Rechtspopulisten

### Dialog mit aber keine Bühne für extreme Weltanschauungen

**Köln, 11. März 2017. Nicht nur die Bischöfe sehen eine Unvereinbarkeit zwischen christlichen Menschenbild und rechtem und rechtsextremem Populismus. Der KAB-Bundesausschuss hat auf seiner jüngsten Sitzung ein klares Nein zur AfD erklärt.**

Die Delegierten beschlossen, dass bei "öffentlichen Veranstaltungen der KAB" die Mitglieder oder Vertreter\*innen der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) "keine Einladung und somit keine Möglichkeit zur Mitwirkung und Beteiligung" erhalten. Dennoch will sich die KAB einer intensiven Auseinandersetzung mit den rechtspopulistischen Strömungen nicht verschließen. Mit diesem Beschluss geht die KAB über die Forderungen der Bischöfe hinaus. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx hatte auf der Vollversammlung der Bischöfe betont "Ausländerfeindlichkeit, überzogener Nationalismus und Feindschaft gegenüber anderen Religionen seien inakzeptabel. "Wir bieten einen Dialog für Menschen aber keine Bühne für Hetzer", betonte Bundespräsident Johannes Stein.

Die KAB setzt sich in ihrem christlichen Selbstverständnis für Arbeit und Leben in Würde und Solidarität ein. "Die Achtung der Menschenrechte und ein menschenwürdiger Umgang mit allen, unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaubensorientierung, religiöser oder politischer Anschauungen, sexueller Orientierung, körperlicher oder geistiger Verfassung oder wirtschaftlicher Situation, ist für uns selbstverständlich", so die Delegierten des KAB-Bundesausschusses.

### **Widerstand gegen rechten Nationalismus**

Die KAB Deutschlands verurteilt die Auftritte von AfD-Funktionären, die gegen Flüchtlinge und ausländische Mitbürger hetzen oder Holocaust-Opfer-Denkmäler verunglimpfen. "Die Situation erinnert an die Zeit vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten, als Menschen ausgegrenzt, Politiker beleidigt und ermordet wurden", so Präsident Stein. Die damaligen Mahner der KAB, Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus und viele andere aus der KAB, die sich gegen den Nationalsozialismus stellten, kamen in Konzentrationslager und wurden ermordet. "Aus unserem christlichen Menschenbild und aus unserer Tradition heraus, müssen wir gegen eine menschenverachtende Polemik und Politik Farbe bekennen", so Bundespräsident Johannes Stein.